
Präambel


Wir wollen gemeinsam dafür sorgen, dass die deutsche Elektrotechnik- und Elektronikindustrie in ihrer ganzen Breite auch im 21. Jahrhundert erfolgreich bleibt.

Wir wollen, dass die Unternehmen der Elektroindustrie attraktive Arbeitgeber bleiben und verlässliche Rahmenbedingungen für die Produktion in Deutschland gewährleistet werden. Wir treten dafür ein, dass Deutschland auch in Zukunft ein wichtiger Produktions- und Innovationsstandort der Elektroindustrie sein wird.

Im Rahmen des Branchendialogs „Elektrotechnik- und Elektronikindustrie“ haben sich die Handlungsfelder Innovation und Digitalisierung, Außenwirtschaft/Internationalisierung sowie Beschäftigungspolitik als drei zentrale Handlungsfelder herauskristallisiert. Die Maßnahmen, die wir als vordringlich ansehen und möglichst gemeinsam zügig angehen wollen, sind im Folgenden dargestellt. Den Umsetzungsstand und die Ergebnisse der Maßnahmen werden wir zu gegebener Zeit überprüfen.

ZVEI: Die Elektroindustrie
GESAMTMETALL
Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie
I. Innovation und Digitalisierung


- Zudem haben kleine Unternehmen zumeist nicht die finanziellen und personellen Ressourcen, um kontinuierlich Forschung und Entwicklung (FuE) voranzutreiben. Das BMWi wird in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Finanzen prüfen, ob es Möglichkeiten gibt, mittelfristig eine steuerliche Förderung für FuE-Aufwendungen insbesondere für den Mittelstand einzuführen mit dem klaren Ziel, Beschäftigung und Wertschöpfung in Deutschland zu sichern.


- Um das Thema Industrie 4.0 zügig voranzutreiben und den Schulterschluss zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaft und Bundesregierung zu verdeutlichen, wurde die Plattform Industrie 4.0 eingerichtet. Wir werden die Plattform gemeinsam dabei unterstützen, kurzfristig Maßnahmen, z. B. im Bereich Standardisierung, Normung und Referenzarchitektur, zu entwickeln, die dafür sorgen, dass auch die Elektroindustrie weltweit wettbewerbsfähig bleibt.

• Für die Unternehmen ist ein hochleistungsfähiger Internetzugang eine Grundvoraussetzung, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Als Basis für Anwendungen wie Industrie 4.0 und die Übermittlung von Daten in Echtzeit sind nicht nur hohe Download-, sondern auch hohe Upload-Geschwindigkeiten unumgänglich. Das BMWi wird sich verstärkt dafür einsetzen, dass auch in ländlichen Gebieten qualitativ hochwertige, verlässliche und technologieoffene (leitungsgebundene und funkbasierte) Internetanschlüsse für Unternehmen bzw. Geschäftskunden rasch verfügbar werden.


• Für den Erfolg von Industrie 4.0 wird mit entscheidend sein, dass die Beschäftigten und die Gesellschaft frühzeitig in die Gestaltung der Veränderungsprozesse einbezogen bzw. informiert werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der mögliche Nutzen für die Beschäftigten durch vergrößerte Gestaltungsspielräume oder selbstverantwortlicheren Arbeit verdeutlicht und die Akzeptanz in der Bevölkerung für die Veränderungsprozesse erhöht wird.

• Veränderungsprozesse bei der Umsetzung von Industrie 4.0 können auch große Herausforderungen erzeugen, wie z.B. der Wegfall von Arbeitsplätzen in der Produktion, neue Leistungsanforderungen für die Beschäftigten oder Qualifikationsanpassungen bei den Beschäftigten. Herausforderungen und Chancen müssen wir gerecht werden. Dazu muss in die Qualifizierung der Beschäftigten investiert werden. Hier sind Unternehmen und Beschäftigte gleichermaßen gefordert. Die Unternehmen sollten den Beschäftigten Zeit für Qualifizierung bereitstellen und die Beschäftigten sollten entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen nutzen.

• Der sichere Datentransfer ist eine Grundvoraussetzung für Industrie 4.0 und die damit verbundenen Möglichkeiten. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass insbesondere kleine Unternehmen die möglichen Risiken beim Datentransfer klar erkennen können. Wir werden uns zudem dafür einsetzen, dass in der politischen Diskussion um die Auswirkungen der Digitalisierung der Aspekt der Digitalen Souveränität in das Zentrum aller Diskussionen um Daten und Datentransfer rückt. Dem liegt unser gemeinsames Verständnis zugrunde, dass es heute schon keine absolute Datensicherheit gibt, dass aber die höchstmögliche Entscheidungssouveränität einer Person/Organisation über ihre Datenverwendung anzuwenden ist. Das BMWi wird sich dafür engagieren, dass es zumindest europaweit einheitliche Regelungen zu Datensouveränität und -schutz (Cyberkriminalität, Internetspionage) geben wird. Zudem werden ZVEI und BMWi versuchen, international mehrstufige Sicherheitsstandards zu etablieren. Gleichzeitig sollten Geschäftsmodelle, die auf Big-Data beruhen, möglich sein.

• Wir wollen eine positive Grundstimmung in der Gesellschaft gegenüber technologischem Fortschritt und Veränderungen schaffen, die mit der wachsenden Digitalisierung von Industrie und Gesellschaft einhergeht, wie z.B. bei der Entwicklung des Autonomen Fahrens oder der Elektromobilität.

• Elektronische Geschäftsprozesse werden bei der öffentlichen Auftragsvergabe immer wichtiger: Sowohl Vergabe- stellen als auch Bieter profitieren vom Umstieg von papiergebundenen Verfahren auf die medienbruchfreie E-Vergabe. Das BMWi setzt sich dafür ein, die Vorschriften zur E-Vergabe in den neuen EU-Vergabeverordnungen einheitlich für alle Auftragsvergaben oberhalb der EU-Schwellenwerte in nationales Recht umzusetzen.

• Das BMWi strebt vor dem Hintergrund elektronischer Aufbewahrungs möglichkeiten eine Prüfung an, inwieweit die Pflicht, Geschäftsdokumente in Papierform aufzubewahren, abgeschafft oder zumindest zeitlich reduziert werden kann.

• Der ZVEI erwartet, dass die Kosten-Nutzen-Analyse des BMWi aus 2013 zum Smart Meter in einen gesetzlichen Rahmen überführt wird. Konventionelle Zähler müssen in den nächsten 15 Jahren vollständig durch intelligente Zähler ersetzt werden. Die bestehenden Einbaupflichten für intelligente Messsysteme (derzeit bei Endkunden mit einem weit überdurchschnittlichen Jahresverbrauch von 6.000 kWh, Neubauten und größeren Renovierungen) sollten beibehalten und u.a. auch auf Endkunden mit KWK- und Photovoltaikanlagen ab einer gewissen Mindestgröße ausgeweitet werden.

• Zur Sicherung der Energieinfrastruktur in Deutschland und somit der Versorgungssicherheit der Industrie ist der Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze unabdingbar. Nur so kann die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und die Sicherung des Standortes Deutschland gewährleistet werden. Insbesondere die Ausgestaltung der regulatorischen Rahmenbedingungen ist für das Ziel „Smart Grids“ von großer Bedeutung und betrifft direkt die Elektroindustrie als zentrale Zulieferer der intelligenten und innovativen Technologien.


II. Außenwirtschaft/Internationalisierung

Mit einer Exportquote von 70% bis 80% ist für die Elektrotechnik- und Elektronikindustrie ein freier und fairer Handel wichtig und sollte entsprechend gewährleistet werden, um langfristig Wertschöpfung in Deutschland zu realisieren. Die deutsche Elektroindustrie steht weltweit für hervorragende Produkte und Technologien. Dieser Erfolg sichert und schafft Arbeitsplätze auch in Deutschland.


• Für den freien und fairen Welthandel sind zudem internationale Normen und Standards für eine unbürokratische und damit sowohl kostengünstige als auch nachhaltige und sichere Produktion unerlässlich. Hier sollten sich die Partner stärker als bisher in den entsprechenden nationalen, europäischen und internationalen Gremien unter anderem auch zu Industrie 4.0 und Energiepolitik einbringen. ZVEI und Gesamtmetall werden hierzu ihre
Mitgliedsunternehmen auffordern. Gemeinsam mit der Wirtschaft wird sich das BMWi weiter für die internationale Harmonisierung von Normen einsetzen und dazu auch bilateral mit USA, China und Indien zusammenarbeiten.

- Darüber hinaus ist auch der angemessene Schutz geistigen Eigentums für einen fairen Handel unerlässlich. ZVEI und Gesamtmetall werden für die Elektroindustrie entsprechenden Handlungsbedarf eruieren. Das BMWi wird dies aufgreifen, um so das Schutzniveau in den betreffenden Ländern zu verbessern. Wichtig ist auch eine ausreichende Marktüberwachung von Importen nach Deutschland. Dies betrifft den Schutz geistiger Eigentumsrechte, aber auch andere Aspekte wie die Einhaltung technischer Standards.

- Auch weitere nicht-tarifäre Handelshemmnisse erschweren den Export deutscher Güter und Dienstleistungen. ZVEI und Gesamtmetall werden das BMWi über entsprechende Regelungen informieren. Das BMWi wird sich für einen Abbau der Handelshemmnisse einsetzen.

- Das BMWi unterstützt weiterhin internationale Bemühungen, einheitliche Rahmenbedingungen der Exportfinanzierung für alle maßgeblichen Industrie- und Schwellenländer festzulegen, damit gleiche Wettbewerbschancen mit den Konkurrenten aus anderen Industrieländern, z.B. im Bereich der Mikroelektronik, gewährleistet sind. Zudem wird das BMWi versuchen, über die dafür zuständige Europäische Kommission Wettbewerbsverzerrungen durch staatliche (Export-)Subventionen von ausländischen Unternehmen zu reduzieren bzw. möglichst auch zu unterbinden.

- Angesichts der steigenden Relevanz von (knapp bemessenen) Funkfrequenzen für Anwendungen der Digitalen Gesellschaft wächst der Bedarf nach einer weitsichtigen europäischen Strategie, um die grenzüberschreitende Nutzung von Diensten und Geräten zu gewährleisten.

- Das BMWi wird sich gemeinsam mit der Industrie dafür einsetzen, dass Industriebelange, z.B. Echtzeitanforderungen bei Wireless-Übertragung, in der internationalen Normung Berücksichtigung finden.

III. Beschäftigungspolitik

Gut qualifizierte Beschäftigte sind ein entscheidender Erfolgsfaktor für die Elektroindustrie in Deutschland. Im internationalen Wettbewerb kann die deutsche Wirtschaft nur mit entsprechend gut qualifizierten Beschäftigten und einem ausreichenden Potenzial an geeigneten jungen Leuten für die berufliche Ausbildung mithalten.

- Wir werden unsere Aktivitäten fortführen und verstärken, um die Bedeutung und das Ansehen von akademischen wie nicht-akademischen Berufen im MINT-Bereich in der Gesellschaft zu verbessern.

- Wichtig ist zudem eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, das Potenzial weiblicher Fachkräfte durch den flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung auszuschöpfen und den sich abzeichnenden Fachkräftemangel stärker zu berücksichtigen.


Um den Einstieg in das Berufsleben zu erleichtern, werden die Betriebe von ZVEI und Gesamtmetall zur Qualifizierung verstärkt die durchlässigen Strukturen der dualen Ausbildung nutzen. Beispiele für diese Zielgruppen sind junge Menschen ohne Ausbildung, Auszubildende, deren Qualifikationen noch nicht ausreichend den Anforderungen der Unternehmen entsprechen, Jugendliche mit Migrationshintergrund, nicht Deutsch sprechende Fachkräfte sowie Menschen mit Behinderung. Gesamtmetall, ZVEI und IG Metall informieren Betriebe und Ausbildungsplatzbewerber über die Möglichkeiten der Assistierten Ausbildung (AaA) und der ausbildungsbegleitenden Hilfe (abH) und unterstützen sie bei der Umsetzung der Fördermaßnahmen.


Die beruflichen Anforderungen in der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie sind einem permanentem Wandel unterworfen, z.B. aktuell durch Industrie 4.0. Wir brauchen hier eine strukturierte Übersicht über die notwendigen Qualifikationsprofile der Aus- und Fortbildung zur Information der Betriebe und der Fachöffentlichkeit, aber auch zur Überprüfung der für die Elektroindustrie relevanten Berufsbilder und zugehörigen Ausbildungsinhalte, um ggf. notwendige Veränderungen abzuleiten und diese zusammen mit den für die Ordnung der Berufsausbildung zuständigen Institutionen zügig umzusetzen.

Neben der Anpassung der Ausbildung an sich ändernde Anforderungen sind die Weiterbildung („Lebenslanges Lernen“) und die Motivation der Beschäftigten ein wichtiger Schlüssel, um die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Unternehmen zu erhalten. ZVEI, Gesamtmetall, IG Metall und BMWi werden gemeinsam Maßnahmen bündeln, um sowohl die notwendige Weiterbildung für die Beschäftigten als auch alters- und altersgerechte Arbeitsbedingungen weiter zu fördern.


Siegmar Gabriel
Bundesminister für Wirtschaft und Energie

Michael Ziesemer
Präsident des Zentralverbandes Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V.

Dr. Rainer Dulger
Präsident von Gesamtmetall

Jürgen Kerner
Hauptgeschäftsführender Vorstandsmiill der IG Metall